Deutsche Ausgabe. Nur als Manuskript gedruckt.

INTERNATIONALE PRESSE-KORRESPONDENZ

Nr. 173
9. November

3. Jahrgang
1923.

Zentralversand: Berlin SW 48, Friedrichstraße 225 III. Briefadresse: Wilhelm Bartz, Berlin SW 48, Friedrichstraße 225 III für Inprekorr. Telegramm-Adresse: Inprekorr. Telephon: Lützow Nr. 1956, 1957 und Nollendorf Nr. 2883

INHALT

Die Probleme der deutschen Revolution.
Von Sinowjew 1461

Deutschland
Die Lage in Deutschland. Von Höllein 1463
Die russischen Bauern bringen dem deutschen Proletariat Hilfe 1464
Intellektuellen-Versammlungen in Berlin.
Von Alexander 1464

Politik.
Die Politik des Eisen-Hüttenkomitees. Von Lévy . . 1465

Aus Sowjetrußland.
Trotzkis Befehl an die Rote Armee zum 6. Jahrestag der russischen Revolution 1466
Die russische Hilfsaktion für die deutschen Arbeiterkinder 1466

Wirtschaft.
Die erfolgreiche Milchviehzucht in Sowjetrußland.
Von Orlowski 1467

Arbeiterbewegung.
Die neue Epoche in der polnischen Arbeiterbewegung.
Von Tokarski 1467

Die Probleme der deutschen Revolution.

Arbeiter- und Bauernregierung, Diktatur des Proletariats.

Von G. Sinowjew.

** Keine Einheitsfronttaktik wird jetzt die deutschen Arbeiter von dem Zwange, den Pfad des Bürgerkrieges zu betreten, befreien, selbst dann nicht, wenn die ganze deutsche Sozialdemokratie wie ein Mann aufrichtig im letzten Moment sich für die Einheitsfront erklären würde.

Dasselbe gilt auch für die Losung „Arbeiterregierung" oder „Arbeiter- und Bauernregierung". Keine taktische Formel, wie „annehmbar" sie auch dem Ohre der breitesten Massen der Werktätigen in Deutschland klingen mag, wird heute den Bürgerkrieg verhindern und keine solche Formel wird an Stelle des Bürgerkrieges treten können.

Die Formel „Arbeiterregierung" war ein Glied der Taktik der Einheitsfront. Die Aufgabe dieser Formel bestand darin, die Losung der „Diktatur des Proletariats" in einer Form auszudrücken, die möglichst weitgehend den Stimmungen und dem Verständnis nicht nur der Avantgarde entsprach, sondern auch der mittleren Schichten des Proletariats und derjenigen Schichten, die sein Hintertreffen darstellten. Wer der Formel „Arbeiterregierung" eine andere Bedeutung gab, wer sich einbildete, daß es sich um eine ganze, notwendige Etappe der geschichtlichen Entwicklung handle, die prinzipiell von der Diktatur des Proletariats verschieden sei, wer da glaubte, daß eine Arbeiterregierung mit Hilfe von parlamentarischen Kombinationen geschaffen werden könne, der hat den Gedanken der Kommunistischen Internationale verdorben und verkehrt dargestellt.

„Du, du Arbeiter", so sagte die Kommunistische Internationale, wenn sie sich an die vielen Millionen von Durchschnittsarbeitern wendete, „Du siehst auf jeden Schritt, daß die Bourgeoisie dir das letzte Stück Brot wegnimmt. Du siehst, daß die Lohnfragen, die Fragen deines alleralltäglichsten Lebens in bedeutendem Maße davon abhängen, welche Regierung an der Macht ist. Arbeiter gibt es Millionen und Dutzende von Millionen. Die Arbeiter sind die Mehrheit der Bevölkerung. Wirst du wirklich dagegen sein, daß eine Arbeiter-Regierung an der Macht ist, eine Regierung, die sich um deine Interessen kümmern wird . . . .?"

Ein solcher Ton der Agitation entsprach durchaus dem Geist der Zeit auch in Deutschland, sagen wir in den Jahren 1921 und 1922. Aber auch damals mußten die fortgeschrittenen Arbeiter, die kommunistischen Arbeiter, in ihrer Propaganda den ganzen Sinn dieser Worte bis zu Ende erklären.

„Du bist für die Arbeiterregierung? Ausgezeichnet. Aber vorläufig sind in unserer schönsten aller Welten überall bürgerliche Regierungen an der Macht. Glaubst du wirklich, teurer Freund, daß dir eine bürgerliche Regierung freiwillig den Weg räumen und dir die Möglichkeit geben wird, eine Arbeiterregierung zu errichten, sowie wir mit Stimmenmehrheit eine diesbezügliche Resolution angenommen haben? Natürlich nicht. Um eine Arbeiterregierung zur Macht zu bringen, muß man zunächst die Regierung der Bourgeoisie beseitigen. Die Bourgeoisie ist aber bis an die Zähne bewaffnet. Auf unsere Kosten, mit unserem Schweiß und Blut, mit dem Schweiß und Blut der Arbeiter hat sie eine zahlreiche Armee geschaffen, schafft sie jetzt faschistische Banden, nutzt sie den ganzen Staatsapparat zur Verteidigung ihrer Vorrechte aus. Sie wird bis zum letzten Blutstropfen für ihre Regierung kämpfen. Also muß man, wenn man eine Arbeiterregierung schaffen will, zunächst die Bourgeoisie besiegen, muß man ihre bewaffneten Kräfte zerdrücken, muß man ihren Staatsapparat zerstören, muß man ihre Staatseinrichtungen demoralisieren. Um das zu leisten, müssen die Arbeiter sich selbst unbedingt bewaffnen, müssen im geeigneten Moment alle wie ein Mann aufstehen und der herrschenden Klasse den entscheidenden Schlag an entscheidender Stelle beibringen, müssen die Arbeiter die Macht ergreifen, den Widerstand der Ausbeuter unterdrücken usw. Erst dann kann eine feste, dauerhafte Arbeiterregierung geschaffen werden".

„Aber das wird doch die Diktatur des Proletariats sein?"

„Natürlich. Und um die Diktatur des Proletariats kommst du nicht herum, auch wenn du noch so pfiffig versuchst, dich um sie herumzuschlängeln. Willst du die Befreiung der Arbeiterklasse haben, dann rüste dich zum Kampf für die Diktatur des Proletariats. Nur ausnahmsweise, nur bei besonders glücklichem Zusammentreffen einer ganzen Reihe von Umständen wird an dieser oder jener Stelle für eine kurze Zeitspanne die Existenz einer Zwischenlösung, der „Arbeiter"-Regierung möglich werden, die selber zwar noch nicht die Diktatur des Proletariats, aber der erste Schritt zur Diktatur, ein Zugang zur Diktatur ist. Eine andere Form der Befreiung der Arbeiterklasse als durch die Diktatur des Proletariats ist bis jetzt noch von niemandem ausgedacht worden. Wer die Diktatur des Proletariats ablehnt, der lehnt auch die Befreierrolle der Arbeiterklasse ab."

In diesem Sinne sagte der Verfasser dieser Zeilen schon im Anfang des Jahres 1922, daß die Arbeiterregierung nichts anderes ist als ein „Pseudonym" der proletarischen Diktatur, und es war vollkommen überflüssig, daß einige Genossen damit nicht einverstanden waren. Aber mehr als jemals ist es notwendig, das heute zu unterstreichen, wo solche Regierungen

existieren, wie die gegenwärtigen Regierungen, gebildet aus Sozialdemokraten und Kommunisten, in Sachsen und Thüringen.

„Wozu mußten wir aber zu „Pseudonymen" greifen?" wird mancher Genossen fragen. Und steht es den Kommunisten überhaupt an, in der Agitation Pseudonyme anzuwenden? Liegt da nicht etwas geradezu moralisch Unzulässiges für Kommunisten?

„Wir haben das, werden wir einem solchen Genossen antworten, zu eben demselben Zwecke gemacht, zu dem wir die Taktik der Einheitsfront überhaupt angewendet haben. Wir waren uns von Anfang an vollkommen klar darüber, daß eine wirkliche Einheit der Front mit den führenden Schichten der Sozialdemokratie und den sozialdemokratischen Gewerkschaften unmöglich ist, daß eine solche Front nur erkauft werden konnte um den Preis unseres Verzichts auf die grundlegendsten Interessen des internationalen Proletariats. Aber die Sozialdemokratie war noch stark, hinter ihr stand noch die Mehrheit der Arbeiter. Der Schlüssel zur Situation bestand darin, daß man eine gemeinsame Sprache fand zu jenen Arbeitern, die noch hinter der Sozialdemokratie hergingen und daß man am lebendigen Beispiel, in der Erfahrung, sie davon überzeugte, daß die sozialdemokratischen Führer sie verraten. So verfuhren auch die Kommunisten. Und nur Leute, die alle Umstände des Klassenkampfes absolut nicht verstehen, können sich die Frage stellen: War das moralisch zulässig?"

Die Formel der „Arbeiterregierung" war breiten Kreisen sozialdemokratischer und parteiloser Arbeiter leichter zugänglich. Diese elementarere Formel drang leichter in Herz und Hirn des Durchschnittsarbeiters. Sie schien ihnen annehmbarer. Das waren die ersten Buchstaben des Alphabets. Als die fortgeschrittenen Arbeiter gelernt hatten, den Buchstaben A auszusprechen, lernten sie allmählich unter unserer Führung auch die übrigen Buchstaben des Alphabets auszusprechen. Wir wären Pedanten, wenn wir auf die Ausnutzung dieses pädagogischen Kunstgriffs verzichtet hätten, mit dem wir schließlich die Mehrheit der Arbeiter davon überzeugt haben, daß die kommunistische Avantgarde recht hat.

Die Formel der „Arbeiterregierung" konnte nur im Rahmen einer Klasse, der Arbeiterklasse, angewendet werden. Ihr Hauptzweck bestand darin, die Zurückgebliebenen vorwärts zu stoßen, die ganze Arbeiterklasse auf die Seite der proletarischen Avantgarde herüberzuziehen. Die Formel der „Arbeiter- und Bauernregierung" stellte sich bereits eine einigermaßen umfassendere Aufgabe. Sie bezog sich bereits auf zwei Klassen. Das war schon der Versuch, nicht nur die ganze Arbeiterklasse auf das Niveau ihrer Avantgarde emporzuziehen, sondern auch beträchtliche Schichten der Bauernschaft in den Kampf gegen die Bourgeoisie hineinzureißen, unter die Führung, die Hegemonie des Proletariats.

Das, was wir über die „Arbeiterregierung" gesagt haben, gilt in bedeutendem Umfang auch für die Losung der „Arbeiter- und Bauernregierung". Die Bourgeoisie und die Gutsbesitzer werden nirgends in der ganzen Welt ihre Macht freiwillig an die Arbeiter-, an die Bauern-, und ebensowenig an die Arbeiter- und Bauernregierung abgeben. Um eine Arbeiter- und Bauernregierung zu schaffen, muß man zunächst die Bourgeoisie besiegen und ihre bürgerliche Regierung vernichten.

Unsere Losungen müssen wir, wenn die übrigen Bedingungen gleich bleiben, so formulieren, daß sie möglichst zugänglich und möglichst anziehend sind für möglichst breite Schichten von Arbeitern und Bauern. Für die Bourgeoisie, für die Führer der Sozialdemokratie, werden sie sowieso, wie wir sie auch formulieren mögen, in keinerlei Form annehmbar sein, denn hier handelt es sich schon nicht mehr um die Form, sondern um den Klasseninhalt, um das Klassenwesen. Deshalb können und müssen wir bei der Formulierung unserer Losungen mit den Bequemlichkeiten bei der Agitation rechnen, insofern sie nicht zur Klarheit unserer politischen Einstellung in Widerspruch geraten, insofern sie nicht mit den Grundinteressen der revolutionären Zweckmäßigkeit in Konflikt kommen.

In Wirklichkeit wird eine Arbeiter- und Bauernregierung nur eine solche Regierung sein, in der die führende Rolle dem Proletariat zukommt, das die werktätigen Bauern nach sich führt und ihre Interessen verteidigt. Wenigstens kann man in allen halbwegs bedeutenden kapitalistischen Ländern sich keine andere gegenseitige Beziehung der beiden Klassen vorstellen. Die Arbeiter- und Bauernregierung ist nicht die Regierung, in welcher unbedingt 50 Prozent Arbeiter und 50 Prozent Bauern sitzen, sondern das ist diejenige Regierung, die gestellt wird von dem Proletariat, das den Aufstand gemacht hat, eine Regierung, die aus dem Kampf des Proletariats entstanden ist, sich auf die Arbeiterklasse stützt, aber zu gleicher Zeit auch die werktätigen Bauern verteidigt.

In der ganzen kapitalistischen Welt lebt die Bauernschaft zerstreut. Sie hat auch nicht den tausendsten Teil jener Möglichkeiten der Selbstorganisation, die den Industriearbeitern (und zum Teil auch den landwirtschaftlichen Arbeitern) zur Verfügung stehen. Nur die Arbeiter, die durch die Entwicklung des Kapitalismus selbst in den Städten konzentriert sind, wo das Schicksal des politischen Kampfes entschieden wird, die zu Hunderttausenden und Millionen dort konzentriert sind, nur diese konzentrierte Kraft des Proletariats kann überhaupt erfolgreich gegen die zentralisierte Macht der Bourgeoisie ankämpfen. Deshalb muß die Hauptrolle, die Führung, die Hegemonie im Befreiungskampf notwendigerweise dem Proletariat zukommen.

Aber zugleich kann das Proletariat nicht den Sieg dauerhaft machen und befestigen, wenn es nicht versteht, das einzurichten, was wir im heutigen Sowjetstaat die „Smütschka", den Zusammenschluß mit der Bauernschaft nennen. Wer ernsthaft, praktisch die Frage nach der Hegemonie des Proletariats gestellt hat, für wen die Idee der proletarischen Diktatur tatsächlich Fleisch und Blut angenommen hat, der kann nicht umhin, sich sofort die andere Aufgabe zu stellen: einen mächtigen Bundesgenossen für das Proletariat zu suchen, und dieser Bundesgenosse kann niemand anders sein als der werktätige Bauer.

Eigentlich besteht das ganze Wesen des Bolschewismus darin, daß der Bolschewismus die Frage der proletarischen Diktatur als eine Aufgabe gestellt hat, die tatsächlich eine Aufgabe der nächsten geschichtlichen Tage ist. Der Bolschewismus hat die Notwendigkeit begriffen, zu diesem Zwecke einen mächtigen Bundesgenossen für das Proletariat zu finden, und er hat ihn in der Bauernschaft gefunden. So, wie er aber diesen Bundesgenossen gefunden hat, hat er auch die Formen des Bündnisses zwischen Proletariat und Bauernschaft zu finden vermocht. Das eben ist im Wesentlichen die Aufgabe des Bolschewismus im internationalen Maßstab, gestellt für die heutige Zeit.

Die Erfordernisse der breiten Massenagitation forderten bis jetzt auch in Deutschland das Vorschieben der Losung der „Arbeiterregierung" oder „Arbeiter- und Bauernregierung". Diese Losungen waren und bleiben in ihrer allgemeinen Form auch noch heute richtig. Im internationalen Maßstab sind diese Losungen absolut richtig. Aber wir müssen auch hier dialektisch denken. Im gegenwärtigen Bulgarien wird die Losung der „Regierung der Arbeiter und Bauern" (oder vielleicht sogar der Bauern und Arbeiter) genügend und richtig sein. Im heutigen Italien, oder, sagen wir in der Tschechoslowakei, wird im heutigen Moment die Beschränkung auf die allgemeine Losung der „Arbeiter- und Bauernregierung" ebenfalls vollkommen möglich sein. Dasselbe gilt für Frankreich, dasselbe für eine Reihe anderer Länder. Aber im gegenwärtigen Deutschland, das bis an die Schwelle der Umwälzung gekommen ist, ist diese allgemeine Formel schon ungenügend, zum mindesten gilt das für diejenigen großen Industriezentren Deutschlands, wo die Hauptmassen des deutschen städtischen Proletariats leben und kämpfen. Im heutigen Deutschland müssen wir nicht nur in der Propaganda, sondern auch in der Massenagitation schon nicht nur der Avantgarde, sondern auch der ganzen breiten, das Fundament bildenden Arbeitermasse zeigen und erklären, daß es sich um nichts anderes handelt, als um die Diktatur des Proletariats oder um die Diktatur der Werktätigen in Stadt und Land. Die Zeit der algebraischen Formeln ist für das heutige Deutschland vorbei. Gründe der Bequemlichkeit bei der Agitation müssen zurücktreten vor der Notwendigkeit der vollen Klarheit und des Aussprechens dessen, was ist und was notwendig ist bis ans Ende. Der entscheidende Schritt muß bereits morgen getan werden. Es ist notwendig, daß alle, die am Kampf teilnehmen, das Regierungssystem, für das sie kämpfen, mit Namen nennen können. Alle Dinge müssen jetzt schon mit ihrem Namen genannt werden. Es ist der Augenblick eingetreten, wo der Zusammenbruch friedlicher Illusionen zur Grundvoraussetzung des Erfolges geworden ist. Es ist der Moment eingetreten, wo die Millionen, die an der Bewegung teilnehmen, mit aller Brutalität das formulieren müssen, was bis jetzt nur die klare Minderheit im Munde geführt hat.

Das heißt nicht, daß die Losung der „Arbeiter- und Bauernregierung" verschwindet. Nein, die Pflicht eines deutschen Kommunisten ist es, einer beliebigen Bauernversammlung erklären zu können, warum in einem Bündnis von Arbeitern und Bauern dem Arbeiter — und schon gar in einem Lande wie Deutschland — die führende Stelle gehören muß. Er wird in einfachen kunstlosen Worten dem Bauern beweisen können, daß dieser selbst daran interessiert ist, daß während der ganzen Uebergangszeit des Kampfes gegen die Bourgeoisie das städtische Proletariat am Steuer steht, das in Millionen und Abermillionen in den Städten konzentriert und allein fähig ist, den Sieg zu garantieren. Und er wird ihm gleichzeitig erklären und später auch durch die Tat beweisen können, daß die wirklich hauptsächlichen Interessen der breiten Massen der werktätigen Bauern eben durch die Arbeiterklasse verteidigt werden.

In diesem Sinne bleibt die Losung der „Arbeiter- und Bauernregierung" unveränderlich und „ewig". In dieser allgemeinen Form taugt sie auch für das heutige Deutschland.

Aber wie in Rußland am Vorabend der Oktoberrevolution die populärste Formel die Formel „Alle Macht den Räten", „Diktatur des Proletariats" wurde, so hat auch die Stunde geschlagen, wo dieselben Formeln ebenfalls in Deutschland die populärsten Formeln werden müssen. Und dementsprechend wird selbstverständlich auch das Verhältnis zu anderen Teillosungen sich verändern. Die Forderung der „Sachwerterfassung", d. h. die Forderung einer teilweisen Konfiskation der Einkünfte der Bourgeoisie, muß durch die Forderung der Expropriation der Großbourgeoisie ersetzt werden. Die Ereignisse haben ihre innere Logik. Die KPD. hat im allgemeinen, während der ganzen Vorbereitungsperiode richtig manövriert. Sie konnte die Hauptmassen der Arbeiter an die proletarische Avantgarde heranziehen. Jetzt muß der zweite Schritt getan werden. Die proletarische Avantgarde zieht den letzten Vorhang zurück, der den breiten Massen noch die nächste Zukunft verbirgt. Die proletarische Avantgarde zeigt den Millionenmassen mit fester Hand die nächste entscheidende Etappe des Kampfes. Die proletarische Avantgarde wirft sich als erste in den Kampf und reißt im entscheidenden Moment die ganze Arbeiterklasse im Entscheidungskampf mit sich.

Deutschland

Die Lage in Deutschland.

Von Emil Höllein.

Berlin, 9. November 1923.

** Von ungefähr 10 Tagen haben wir an dieser Stelle die Möglichkeiten der weiteren Entwicklung in Deutschland des näheren untersucht. Damals sprach manches dafür, daß der bisherige Kurs bestimmt nach rechts, aber vielleicht etwas weniger stürmisch weiter gehen werde. Immerhin betonten wir gleichzeitig, daß die Gegensätze zwischen Faschismus und Arbeiterschaft sich weiter zuspitzen würden, und daß es möglicherweise doch leicht zu einer baldigen Explosion kommen könne. Wir schrieben am 31. Oktober wörtlich:

„Aber auch die Reaktion kann nicht mehr lange zuwarten. Die Mobilisation und Auffüllung der legalen und illegalen Kampforganisationen verschlingen Riesensummen, die auf die Dauer nicht ohne Schwierigkeiten aufgebracht werden können. Die bayerische Regierung arbeitet systematisch auf die Verschärfung der Krise hin. Nicht nur, daß sie Reichsgesetze außer Kraft setzt, verbietet sie sogar den Reichsfinanzämtern in Bayern die Einziehung der landwirtschaftlichen Goldabgabe und der industriellen Betriebssteuer des Reiches. Das Golddepot der Reichsbank in den bayerischen Zweigstellen wurde bekanntlich von Kahr beschlagnahmt. Unterdessen geht aber auch in Bayern die wirtschaftliche Verelendung der Arbeitermassen und des Mittelstandes weiter, und Herr Kahr muß seine Getreuen schon mit dem Hinweis vertrösten, daß eine Aenderung der Lage nur durch radikale Beseitigung des „Marxismus" im Reiche herbeigeführt werden könne. Diese Beseitigung brennt ihm allmählich auf den Fingernägeln.

In den letzten Tagen hatte der trockene Putsch der Stresemann-Geßler-Diktatur eine ganze Reihe von Erfolgen aufzuweisen: die Ausschiffung der Sozialdemokraten aus der Reichsregierung, die Reichsexekution gegen Thüringen, weitausgedehnte, systematische Kommunistenverfolgungen, eine Flut von Verordnungen zur Verwirklichung des sozialen Programms des Faschismus usw. So entstand eine Lage, in der die Stresemann-Ebert der Rechten mit der pfiffigen Miene eines lustgesättigten Gretchens zurufen konnten:

„Wir haben schon so viel für Dich getan,
Daß uns zu tun fast nichts mehr übrig bleibt."

Vielleicht gerade deshalb hatten Hitler und Ludendorff es jetzt so eilig, die letzte gute Gelegenheit auszunutzen, um rasch das wenige nachzuholen, was Ebert und Stresemann bisher noch versäumt haben. In der Nacht vom 8. auf den 9. November wurden die Herren Reichsminister von München aus unsanft aus dem Schlafe geweckt, genau wie in jener Nacht, wo Herr von Kahr plötzlich zum Diktator eingesetzt worden war. Es ist überhaupt bezeichnend, daß Herr Ebert und seine Reichsminister von den wichtigsten Ereignissen immer im Schlafe überrascht werden. Aus München wurde gemeldet, daß sowohl der Reichspräsident Ebert als auch der Reichskanzler Stresemann, ja sogar Herr von Seeckt abgesetzt worden seien. An ihre Stelle seien Hitler und Ludendorff getreten. Der in der Nacht abgehaltene Reichs-Ministerrat, zu dem auch der preußische Innenminister Herr Severing zugezogen war, beschloß, den Münchener Putsch mit rücksichtsloser Energie niederzukämpfen. Als erste Maßnahmen wurde Herr v. Seeckt zum unumschränkten militärischen Diktator an Stelle seines Vorgesetzten, Herrn Geßler, ernannt und die Beziehungen zu Bayern offiziell abgebrochen. Gleichzeitig wurde eine Verordnung herausgegeben, wonach über die Vorgänge in Bayern nur offizielle Nachrichten verbreitet werden dürfen.

Es fragt sich nun, wie sich die Dinge weiter entwickeln werden. Die neuesten Meldungen besagen, daß die Herren von Kahr und von Lossow keine gemeinsame Sache mit Hitler und Ludendorff machen wollen. Das klingt zunächst wahrscheinlich, muß aber doch erst amtlich bestätigt werden. Selbst wenn sich diese Nachricht bewahrheiten sollte, so ist damit der Kampf in Bayern noch nicht entschieden. Sollten Kahr und Lossow Sieger bleiben, so wäre damit die bayerische Frage gleichwohl noch nicht gelöst. Augenblicklich ist der Putsch noch eine Tatsache, desgleichen die in Angriff genommenen Abwehrmaßnahmen.

Der „Vorwärts" schrieb vor kurzem, daß der General von Seeckt im Kabinett die Absicht vertreten habe, gegen Bayern eine Donaufront aufzurichten. Er sei aber durch die ewig schwankende Haltung des Herrn Stresemann bisher an der Ausführung seines Vorsatzes gehindert worden. Nunmehr hat aber Herr von Seeckt durch die neueste Verordnung des Reichspräsidenten, die ihn zum unumschränkten Militär- und Zivildiktator ernennt, völlig freie Hand. Aber zu einem ernsthaften Vorgehen gegen die bayerische Rebellion gehören vor allem anderen zwei Dinge:

Erstens eine entsprechende militärische Macht, die sowohl in bezug auf ihren Geist als auch durch ihre Zahl und ihre Zusammensetzung dieser Aufgabe gewachsen ist, und zweitens eine soziale Rückendeckung, aus der ihr ein ausreichender militärischer wie politischer Kräftezustrom zufließen muß.

Die Zusammensetzung der Hitler-Ludendorff-Truppen und jener sozialen Schichten, auf die sich die putschistische bewaffnete Macht stützt, ist uns annähernd bekannt, wenn wir auch ihre zahlenmäßige Stärke bisher nicht genau feststellen konnten. Gleichwohl dürfen wir die zahlenmäßige Stärke der militärischen Kräfte, die Ludendorff zur Verfügung stehen, nicht gering veranschlagen. In der letzten Zeit war allgemein bekannt, daß sich in Bayern, und nicht nur an der thüringischen und sächsischen Grenze, zahlreiche Heerlager herausgebildet haben. Ludendorff kann einigermaßen auf seine Leute zählen, wenigstens so lange, als diese nicht durch eine Niederlage demoralisiert werden.

Außerdem kann Ludendorff auf die aktive oder passive Unterstützung der sogenannten vaterländischen Kampfverbände rechnen. Das Liebeswerben dieser Verbände um Herrn von Seeckt hatte nicht den gewünschten Erfolg. Dagegen fanden sie bei Ludendorff stets die herzlichste Aufnahme und Unterstützung. Kommt es zwischen Ludendorff und Seeckt zu einem Waffengang, so ist es nicht zweifelhaft, wo diese Verbände stehen werden. Das Bild dieser günstigen militärischen Lage erfährt jedoch eine gewisse Trübung durch den bayerischen Partikularismus, der Ludendorff nicht über den Weg traut und gegen ihn intrigiert.

Wie steht es dagegen in der Reichswehr? Bayern zählt da nicht mehr mit. Denn seine Reichswehrtruppen stehen geschlossen hinter Herrn von Lossow, dem Meutererergeneral. Und im Reiche? Wir haben erst vor kurzem die Loyalitätserklärung der außerbayerischen Truppenkommandeure an Herrn von Seeckt gelesen. Wir können noch weiter gehen und sagen, daß die überwiegende Mehrzahl der Reichswehroffiziere, schon aus dem vor kurzem hier geschilderten sozialen Gegensatz heraus, hinter ihrem Führer Seeckt steht. Die Reichswehroffiziere sind in der Mehrzahl diejenigen Berufsoffiziere, die sich aus materiellen und beruflichen Gründen mehr oder minder mit dem Bestehen der Republik abgefunden haben und in der alten Armee vielfach hinter den Junkersöhnen zurückstehen mußten. Aber die Reichswehr wurde, wie das selbst General Müller offen zugegeben hat, in der letzten Zeit mit Angehörigen der sogenannten Kampfverbände aufgefüllt. Ob auf diese Elemente im Kampf gegen Bayern auch ein Verlaß sein wird, zumal, wenn sie gegen die bayerische Reichswehr und die dortigen nationalen Kampftruppen, die Fleisch von ihrem Fleisch und Bein von ihrem Bein sind, kämpfen sollen? Das erscheint noch lange nicht ausgemacht. Die Reichswehr hat auf alle Fälle für sich den Vorteil der größeren Geschlossenheit, der besseren Ausrüstung und der technisch überlegeneren Führung.

Welche sozialen Schichten stehen nun hinter den beiden Kampfgruppen? Die Schwerindustrie sympathisiert bekanntermaßen schon lange mit Ludendorff. Und obwohl jetzt noch nicht abzusehen ist, ob der Putsch gelingen wird, oder nicht, enthüllt sich dennoch das Berliner Stinnes-Organ, die „Deutsche Allgemeine Zeitung", schon als das Sprachrohr der Staatsstreichler und verspottet offen die Maßnahmen der Ebert-Seeckt-Regierung. Stinnes und sein Klüngel stellen sich also jetzt offen hinter Ludendorff. Das bedeutet, daß ein entscheidender Teil der deutschen Industrie sich für die Putschisten einsetzt. Noch bessere Chancen haben diese beim Agrariertum. Während immerhin noch ein Teil der Industrie sich hinter Ebert oder zum

mindesten hinter Herrn von Seeckt stellt, der, wenn irgend möglich, die legale Formen einhalten möchte, schart sich die Landwirtschaft fast geschlossen hinter der „nationalen Diktatur". Die meisten der deutschen Rittergüter sind schon lange Unterkunftsstätten und Waffenplätze der illegalen Kampfverbände. Das frühere Triumvirat Ebert-Stresemann-Geßler alias Seeckt hat nichts unterlassen, um sich die Gunst der „Industrie" und der „Landwirtschaft" zu erwerben. Seine ganze Taktik lief doch darauf hinaus, im Konkurrenzkampf mit Hitler-Ludendorff den Beweis zu erbringen, daß es viel besser und viel schmerzloser das soziale Programm des Faschismus durchzuführen versteht. Die Reichsexekutive in Sachsen und in Thüringen verfolgte das Ziel, der Ebert-Stresemann-Diktatur die Gunst der „Industrie" und der „Landwirtschaft" zu erkaufen. Beide haben zwar gnädigst hingenommen, was ihnen geboten wurde, aber sich dadurch im übrigen bei der Weiterverfolgung ihrer Sonderziele nicht im geringsten beirren lassen. Es ist noch immer möglich, daß selbst in dieser Stunde der höchsten Gefahr die Leitung der Reichswehr die alte Taktik weiter befolgt und als Bedingung für ein „erfolgreiches" Vorgehen gegen Bayern gewisse politische und personelle Aenderungen im Reichskabinett fordern wird als letzten Versuch, sich die Gunst der „nationalen" Kreise zu erkaufen. Wir haben ja schon so etwas während des Kapp-Putsches erlebt, wo bekanntlich der Reichswehrgeneral Herr v. Moehl erklärte, daß er nur dann in Bayern für Ruhe und Ordnung sorgen könne, wenn die Regierung gleichzeitig das Steuer energisch nach rechts herumwerfe.

Allerdings besteht auch die andere Möglichkeit, daß sich Ebert und seine Hintermänner noch im letzten Augenblick darauf besinnen, daß zur Niederwerfung des Ludendorff-Putsches nicht nur Reichswehr, sondern auch eine starke soziale Rückendeckung notwendig ist, und daß man gegen Ludendorff nicht in einer Weise vorgehen kann, die die Arbeiterschaft in Nord-Deutschland direkt vor den Kopf stößt. Die Sachlage ist ernst, und man muß auch bei den jetzigen Leitern der Reichsgewalt noch so viel Logik voraussetzen, daß sie nicht bewußt den letzten Ast absägen, auf dem sie zurzeit noch sitzen.

So eröffnet der neue Putsch Ludendorffs Möglichkeiten, die der weiteren Entwicklung der Arbeiterbewegung gute Aussichten eröffnen. Wenn das Ludendorff-Stinnes-Organ, die „Deutsche Allgemeine Zeitung", heute morgen aufjauchzend schreibt, in die Stickluft sei endlich ein Pistolenschuß hineingefahren, die Entscheidung sei gefallen und das deutsche Schicksal werde sich nunmehr rasch erfüllen, so hat auch die Arbeiterklasse von ihrem Standpunkt keinerlei Ursache, sich über diese Wendung nicht zu freuen.

Die russischen Bauern bringen dem deutschen Proletariat Hilfe.

Von Ehrenfried Wagner (Moskau).

** Während das deutsche Proletariat seine ersten Vorpostengefechte mit der Reaktion führt, während das werktätige deutsche Volk ungeheure Opfer bringen und zahlreiche Entbehrungen durchmachen muß, in einer Zeit, in der die deutschen Arbeiter und Bauern vor schweren und entscheidungsvollen Kämpfen stehen, rüstet sich im Hinterland der Weltrevolution das russische Arbeiter- und Bauernvolk zu einer gewaltigen Hilfsaktion. Mit dem lebhaftesten Interesse verfolgen die russischen Proletarier die Vorgänge, die sich jetzt in Westeuropa abspielen. Auch der letzte Bauer hat begriffen, was es für den Bestand der russischen Sowjetrepublik bedeutet, wenn es in Deutschland zu einem Sieg der Reaktion käme. Alle Arbeiter, Bauern und Rotarmisten wissen aber auch sehr wohl, daß das deutsche Proletariat alle Kraft aufbringen wird, um es nicht erst zu einem Weißen Deutschland kommen zu lassen. Mit Ungeduld erwarten die russischen Proletarier den Ausbruch der deutschen Revolution und die Proklamation der deutschen Sowjetrepublik. Am liebsten würden die russischen Rotarmisten, die russischen Arbeiter- und Bauernsöhne schon heute mit der Waffe in der Hand hinüber nach Deutschland marschieren, um den bedrängten deutschen Genossen am wirksamsten zu Hilfe zu kommen. Aber noch ist für diese Art Hilfe die Stunde nicht gekommen.

Um aber dem deutschen Proletariat trotzdem die großen Sympathien des russischen Proletariats zu zeigen, haben die Arbeiter und Bauern Sowjetrußlands eine andere Hilfe organisiert. Das revolutionäre russische Volk weiß sehr wohl, daß die kommenden Kämpfe in Deutschland große und schwere Opfer kosten werden. Es gilt auf alles vorbereitet zu sein. Rußland kennt die Schrecken des Bürgerkrieges. Und so hat ein Appell des Zentralkomitees der Internationalen Roten Hilfe genügt und die russischen Arbeiter und Bauern haben all ihre Kräfte mobilisiert und sie in den Dienst einer großzügigen Hilfsaktion zur Unterstützung des deutschen Proletariats gestellt, das sehr bald im opfervollen Bürgerkriege stehen wird. Am stärksten zeigt sich die Hilfsbereitschaft bei den deutschen Bauern, die in Sowjetrußland eine zweite Heimat gefunden haben. Die deutschen Kolonisten an der Wolga, die im Gouvernement Odessa, sie sagen: „Wir können keinen unmittelbaren Anteil am Kampfe gegen die Bourgeoisie nehmen, aber wir können den deutschen Arbeitern und Bauern mit Brot und Geld zu Hilfe kommen." Und so laufen denn nun bei den Gouvernementsabteilungen der Internationalen Roten Hilfe täglich größere und kleinere Mengen an Lebensmitteln, Brotgetreide, Vieh, Geld und Wertsachen aller Art ein. So hat bis heute allein die Bauernschaft des Gouvernements Odessa bei der Roten Hilfe 25 000 Pud Getreide abgeliefert. Die Waggons wurden von den Transportarbeitern kostenlos entladen. Beim Eintreffen des Brotgetreides fanden große Demonstrationen und Massenmeetings statt: „Sobald der erste Ruf aus Deutschland kommt, wird das Brotgetreide abtransportiert!" Die Bauern des Bezirkes Nikolajew haben 400 Deßjatinen (etwa 500 Morgen) Ackerboden bebaut. Der Ertrag soll ebenfalls der Internationalen Roten Hilfe zur Unterstützung der deutschen Kämpfer zugeführt werden. Weitere Getreidesendungen haben geliefert die Bauern des Gouvernements Seltz mit 620 Pud Weizen und des Kreises Jaransk mit 500 Pud Getreide. Das Gouvernement Wjatka hat seine Sammeltätigkeit erst begonnen und schon 5631 Pud Getreide und 216 Tscherwonzen- (über 1000 Dollar) abgeliefert. Alle diese Getreidesendungen gewinnen ganz besonders dadurch an Bedeutung, daß sie aus Bezirken kommen, die noch bis vor kurzer Zeit in schlimmster Hungersnot lebten. Aber die russischen Bauern beeilen sich, die Hilfe, die ihnen das deutsche werktätige Volk während der Hungersnot an der Wolga hat zuteil werden lassen, wieder zurückzuerstatten.

Indessen, das russische Volk begnügt sich nicht nur mit einer Naturalunterstützung. So wurde dem Zentralkomitee der Internationalen Roten Hilfe wieder vom Odessaer Gouvernement eine ganze Kiste voll Wertsachen zur Verfügung gestellt, enthaltend: Goldene Uhren, Ringe, silberne Zigarettenetuis, Ohrringe mit Edelsteinen, sowie viele ausländische Gold- und Silbermünzen. In Odessa selbst wurden für die politischen Gefangenen 2080 Goldrubel (1040 Dollar), 100 Dollar und 8 Lire gesammelt. Von der Odessaer Silberlotterie der Internationalen Roten Hilfe werden gegen 10 000 Goldrubel (5000 Dollar) Reineinnahme erwartet, die zur Unterstützung der Opfer des proletarischen Klassenkampfes dienen sollen. Selbst die Steppenbewohner im fernen Kirgisien haben mobil gemacht und bis jetzt schon fast 100 Stück Rindvieh abgeliefert. Vom 7. November ab wollen sie für die deutschen Kämpfer eine Rote Hilfswoche veranstalten. Die Bergarbeiter aus dem Ural haben schon mehr als 5000 Goldrubel gesammelt und versprochen, die Sammlungen eifrigst fortzusetzen.

Alle diese Zahlen deuten schon heute darauf hin, daß es das russische Proletariat ernst meint mit seiner Unterstützung der deutschen Revolutionäre, und da wir erst am Beginn dieser Hilfsaktion stehen, so ist zu erwarten, daß die Hilfe auch wirksam sein wird. Das deutsche Proletariat wird die Gewißheit erhalten, daß es in seinem gegenwärtig schweren Kampfe nicht allein steht, daß es das russische Volk nicht bloß bei Resolutionen und Sympathiekundgebungen bewenden läßt, sondern mit seinen Taten Ernst macht. Und es sind Heldenopfer, die das russische Proletariat leistet. Denn wenn auch die russische Wirtschaft sich in letzter Zeit etwas mehr erholt hat und das Volk aufzuatmen beginnt, so wird doch noch lange nicht vom Ueberflusse gegeben.

Das russische Proletariat sammelt auch nicht allein nur für das bedrängte deutsche Proletariat. Mit gleicher Aktivität und mit derselben Opferbereitschaft tritt es für die Unterstützung aller Proletarier ein, die in den Kerkern der ganzen Welt schmachten. Noch kein Appell der Internationalen Roten Hilfe ist ungehört verklungen. Stets zeigt sich das russische Proletariat bereit, den Brüdern in aller Welt das tausendfach zu vergelten, was sie ihm einst an Hilfe geleistet haben.

Mögen sich die Proletarier der Länder, die nicht unmittelbar im Klassenkampf stehen und keine Blutopfer bringen müssen, ein Beispiel nehmen an der heldenmütigen Opferbereitschaft der russischen Arbeiter und Bauern!

Intellektuellen-Versammlungen in Berlin.

Von G. G. L. Alexander.

** Mit dem Heranrollen der proletarischen Revolution gewann die Frage des Verhältnisses zwischen Proletariern und Intellektuellen und weiter die Frage: „Wie stellen sich die Intellektuellen zur Revolution?" besondere Bedeutung. Vom November 1918 her haben die Proletarier in Deutschland schlechte Erfahrungen mit den Intellektuellen gemacht. Damals schlossen

sich eine Reihe von Künstlern, Schriftstellern und Gelehrten der revolutionären Bewegung an; es entstand eine bürgerlich-revolutionäre Literatur, es war unter den Intellektuellen sogar Mode, mit dem Bolschewismus zu liebäugeln, oder sich gar als Bolschewik zu gebärden. Aber als die Revolution unterdrückt wurde, besannen sich diese „geistigen Revolutionäre" auf ihre eigentliche angestammte Bürgerlichkeit und gingen zur Konterrevolution; mindestens blieben sie neutral. Jetzt hat aber der fortschreitende wirtschaftliche Zerfall einen großen Teil der geistigen Berufe proletarisiert. Seit dem ersten katastrophalen Marksturz und dem Sturz der Cuno-Regierung im August d. J. kamen nun diese geistigen Arbeiter mit Anfragen und Zuschriften zu uns: sie erzählen uns von ihrer Not, sie klagen an und wollen von den Kommunisten den Ausweg wissen. So wurde das Problem der Intellektuellen wieder aktuell. Außerdem führten auch Radeks Schlageter-Rede und die sich daran anknüpfenden Auseinandersetzungen Frölich-Reventlow zu einer Annäherung an eine bestimmte Schicht der Intellektuellen, und schließlich versuchte auch die Jugend durch die kommunistischen Studenten Anknüpfung und Einfluß bei den Freideutschen und vielen anderen bürgerlichen Jugendbünden zu finden. Nun kam es darauf an, mit allen diesen Intellektuellen weiter die Fühlung zu behalten und noch an viel breitere Kreise heranzukommen.

Unsere mit den verschiedenen Interessen- und Berufsgruppen in Fühlung stehenden Parteimitglieder leisteten die für eine großzügigere Propaganda notwendige Vorarbeit, an der auch die Kommunistische Jugend starken Anteil nahm. Auf diesem Wege konnte im Westen Berlins die erste Versammlung von Intellektuellen zustandegebracht werden. Sie war gedrängt voll. Es sprachen Paul Frölich und noch eine Reihe anderer Referenten, die sich speziell an ihre Berufsgenossen wandten, u. a. Dr. med. Klauber, Studienrat Dr. Ausländer, Albert Knab (Vorsitzender des Bundes zeichnender Künstler), Karl August Wittfogel für Schriftsteller und Studenten. In der Diskussion traten Gegner der verschiedensten Richtungen auf, fanden aber keinen Boden. Es zeigte sich, daß die wirtschaftliche Not, daß Hunger, Arbeitslosigkeit und die Unmöglichkeit wissenschaftlicher Arbeit aus Mangel an Arbeitsmitteln die Intellektuellen so aufgelockert, schon so weit revolutioniert hat, daß die Versammlung von einer ausgesprochenen Kampf- und Oppositionsstimmung beherrscht war. In derselben Woche wurde eine zweite Versammlung im Zentrum Berlins abgehalten, die sich speziell an die Freideutschen und andere Jugendverbände richtete. Das eindringlich tiefe und breit aufgebaute Referat Karl August Wittfogels, der mit besonderem Verständnis und Wissen über die Nöte der Jugend sprach, verfehlte nicht seine Wirkung. Diese Versammlung hatte ein bedeutendes positives Resultat: 10 bürgerliche Jugendverbände erklärten sich bereit, sich dem Befreiungskampf des revolutionären Proletariats anzuschließen; sie blieben in ständiger Fühlung mit den kommunistischen Studenten und der Kommunistischen Jugend, beteiligten sich an einem gemeinsamen Aufruf usw.

Alle diese Erfolge führten zu dem Entschluß, weitere Intellektuellenversammlungen einzuberufen und im Reiche zu einer gleichen Aktion aufzufordern. So fanden in Berlin noch zwei Intellektuellenversammlungen statt. Eine hiervon wieder im Berliner Westen, erlebte diesmal einen solchen Ansturm, daß eine Parallelversammlung abgehalten werden mußte. Aus diesem Grunde wurde für die nächste Versammlung einer der größten Säle Berlins (Spichernsäle, ebenfalls im Berliner Westen) bestimmt. Obwohl wieder in derselben Gegend, trotz Regenwetters und trotz der zu dieser Zeit eingetretenen Entspannung der politischen Situation, war auch diese Versammlung überfüllt und wurde auch sie zu einer stärkeren Kundgebung als die vorhergehenden. Neben dem Hauptredner, Gen. Höllein, wies Fritz Weiß in kurzen aber flammenden Worten, die ihre Wirkung nicht verfehlten, darauf hin, daß der Kampf des revolutionären Proletariats, der Kommunistischen Partei, nicht ein Kampf um den Bissen Brot, nicht ein politischer Kampf, sondern der Kulturkampf unserer Zeit ist und daß in dem Kampfe des Proletariats nicht nur das Schicksal der deutschen Arbeiterklasse, sondern das Schicksal der deutschen Kultur entschieden werden würde. — Arthur Holitscher sprach für Henri Barbusse, dem von der französischen Regierung der Prozeß gemacht wird, weil er Seite an Seite mit dem revolutionären Proletariat die große Sache der Menschlichkeit verficht. Es wurde beschlossen, eine Sympathiekundgebung an Henri Barbusse zu richten.

Diese dritte Riesenversammlung der Intellektuellen war die erste, die durch die Schupo belästigt wurde. Es wurden unsere Broschüren und Zeitungen beschlagnahmt und drei Verkäufer verhaftet. Eine aus der Versammlung gewählte Abordnung erreichte die Herausgabe der Druckschriften, ausgenommen die „Sturmfahne" und die Freilassung der Verhafteten.

Der Erfolg dieser Berliner Versammlungen zeigt, wie reif und aufnahmebereit auch die Mittelschichten der Bevölkerung für den Gedanken des Kommunismus, des revolutionären Kampfes sind. Es muß jetzt auch im Reich in den größeren Städten ähnlich vorgegangen und gearbeitet werden. Zur Unterstützung der Arbeit unter den Intellektuellen ist die Herausgabe einer Zeitschrift für kulturelle Fragen „Die neue Front" beschlossen worden.

Politik

Die Politik des Eisen-Hüttenkomitees

Vom Versailler Friedensvertrag bis zur Ruhrbesetzung.

Von Géorges Lévy (Paris).

** Schon seit dem Versailler Friedensvertrag werden die Bemühungen des Eisen-Hüttenkomitees wie des Zechenkomitees sichtbar, die darauf hinauslaufen, sich die zur Verhüttung des lothringischen Eisenerzes erforderlichen Kohlen- und Koksmengen zu niedrigen Preisen zu sichern. Wenn es auch vom Standpunkt der kapitalistischen These gerade noch annehmbar erscheint, daß Deutschland, als Gegenleistung für die an den Kohlenzechen in den Departements Nord und Pas de Calais verübten Zerstörungen, die Differenz zwischen der in der Vorkriegszeit produzierten Kohlenmengen, und derjenigen, die diese Bergwerke in der Nachkriegszeit bis zu ihrem völligen Wiederaufbau produzieren können, zurückerstattet, so ist es durchaus nicht berechtigt, von ihm noch einen weiteren Ueberschuß an Koks und Kohle zu fordern. Das aber geschieht durch den Versailler Friedensvertrag. Denn die beschädigten Kohlenbergwerke produzierten im Jahre 1913 27 339 000 To. und im Jahre 1920 11 403 000 To., was einer Minderleistung von 15 981 000 To. entspricht. Eigentlich hätte Deutschland lediglich diese Differenz-Menge zu liefern gehabt. Diese Differenz-Menge mußte sich noch in dem Maße verringern, in dem die Wiederherstellung der zerstörten und beschädigten Gruben fortschreitet. Durch den Artikel 45 des Friedensvertrages hat sich Frankreich vorweg die Saarkohlengruben gesichert, deren Erzeugung sich im Jahre 1921 auf 9 574 000 To. und im Jahre 1922 auf 11 241 000 To. belief. Durch den Paragraphen 2 des Anhangs 5 zum Teil VIII des Friedensvertrages forderte Frankreich die Lieferung von jährlich 7 Millionen Tonnen Kohle während 10 Jahre. Außerdem sollte Deutschland während dieser zehn Jahre noch eine weitere Kohlenmenge liefern, die der Differenz zwischen der Jahresproduktion der zerstörten Bergwerke vor dem Kriege und deren Produktionsleistungen in dem jeweiligen Jahre entspricht. Diese letztere Leistung soll in den ersten fünf Jahren 20 Millionen Tonnen und in den folgenden fünf Jahren 8 Millionen Tonnen jährlich nicht übersteigen.

Im Jahre 1920 hat Deutschland 14 256 023 To., im Jahre 1921 10 896 971 To. und im Jahre 1922 12 Millionen Tonnen Kohle geliefert.

Durch die angezogenen Bestimmungen des Versailler Friedensvertrages hat sich die französische Eisenindustrie mehr Kohlen gesichert, als sie selbst verbrauchte. Denn bis zum Jahre 1921 konnten die Saargruben 3 448 000 To. Kohlen ausführen. Das Eisen-Hüttenkomitee forderte darüber hinaus mehr Kohle, als der Reparationsanspruch es zuließ. Die französischen Eisenindustriellen hegten Befürchtungen, daß die Kohlen- und Koksmengen nicht regelmäßig eingehen würden, und daß Deutschland die eingegangenen Verpflichtungen nicht einhalten würde. Sie trieben Zukunftspolitik. Aus diesem Grunde begannen sie denn auch alsbald eine Kampagne für die Besetzung des Ruhrgebietes. Sie forderten diese Besetzung ganz offen mit dem Hinweis auf die Schwierigkeiten der Versorgung der französischen Schwerindustrie mit Koks und Kohle.

Im Mai 1921 begann Herr **Le Prevost Launay**, Deputierter des Nationalen Blocks und Aufsichtsratsmitglied der Hütten- und Stahlwerke von Levallois-Aulnay (eine dem Eisen-Hüttenkomitee angeschlossene Firma), diesen Vorschlag in dem Nationalistenblatt „L'Eclair" zu propagieren. Er behauptete, daß nur die Ruhrbesetzung den Frieden in Europa zu sichern vermöge. In der „Journée Industrielle", einem Unternehmerorgan, das zum Eisen-Hüttenkomitee enge Beziehungen unterhält, führte Herr **Cavallier**, ein Vorstandsmitglied des Eisen-Hüttenkomitees, lebhaft Klage darüber, daß Westfalen — das einen Teil der Hochöfen im Saargebiet, die Hochöfen in Lothringen und über die Hälfte der Hochöfen in dem Departement Meurthe et Moselle mit Koks versorgte — an Frankreich weder die Koksmengen liefere, die es notwendig brauche, noch die Mengen, die es auf Grund des Versailler Friedensvertrages und der im Zusammenhang damit später abgeschlossenen Vereinbarungen zu liefern habe. Er wies darauf hin, daß nach Rückeroberung Lothringens die französische Produktion an Gußeisen und Stahl von 5 auf 11 Millionen Tonnen gehoben werden könne. In derselben Zei-

tung veröffentlichte am 30. Mai 1921 ein Herr Pupier einen Artikel über die Zukunft der französischen Eisenindustrie, in dem es hieß:

„Wenn es den Deutschen gelingt, auf das lothringische Eisenerz zu verzichten, und ihren Ruhrkoks anderweitig zu verwenden, statt ihn nach Frankreich auszuführen, so würde unsere Metallindustrie schwer bedroht. Wenn es uns dagegen gelingt, für unser Lothringen ein anderes Kohlenlieferungsbecken zu finden, so würde das eine bedeutende Stärkung unserer Stellung bedeuten . . ."

Die französische Schwerindustrie will sich eben für die Zukunft eine sichere und zuverlässige Kohlen- und Koksversorgung durch das Ruhrgebiet sicherstellen. Das ist für sie, wie sie behauptet, eine Frage von lebenswichtiger Bedeutung. Durch den Versailler Friedensvertrag reservieren sich die Schwerindustrie und das Zechenkapital in Frankreich den Ruhrkoks und die Ruhrkohle zu niedrigen Preisen.

Die bei der Besetzung des Ruhrgebiets mit der Leistung der technischen Mission betrauten Ingenieure, wie Herr **Coste**, der Direktor der Bergwerke von Blancy, Herr **Aaron**, der Direktor der Hütten- und Stahlwerke des Nordens und des Westens, Herr **Daum**, der Direktor der Hütten- und Stahlwerke an der Marne und von Homécourt, gehören sämtlich Firmen an, die dem Eisen-Hüttenkomitee angeschlossen sind. Auch das Presse- und Propagandabüro im Ruhrgebiet wurde Herrn **François Poncet**, dem Direktor der Gesellschaft für wirtschaftliche Studien und Nachrichten, einer Gründung des Eisen-Hüttenkomitees, sowie Herrn **Max Hoschiller**, einem notorischen Agenten desselben Eisen-Hüttenkomitees, übertragen.

Die Kontinuität der vom Eisen-Hüttenkomitee seit Abschluß des Versailler Friedensvertrages bis zur Besetzung des Ruhrgebietes betriebenen Kohle- und Kokspolitik wird dargetan:

Erstens durch die sehr deutlich und klar abgefaßten Bestimmungen über die Kohlenlieferungen, die im Vertrag selbst enthalten sind, obwohl man in demselben Vertrag für alle übrigen Kriegsgeschädigten nur einen sehr allgemein gehaltenen Ausdruck „Materialien und Verschiedenes" gewählt hat;

zweitens durch die anhaltenden Pressekampagnen der „Journée Industrielle" und „Eclair";

drittens durch die Ausbeutung des den Männern des Eisen-Hüttenkomitees ausgelieferten Ruhrgebietes und

viertens durch die Besetzung des Presse- und Propagandabüros mit Journalisten, die im Solde des Eisen-Hüttenkomitees stehen.

Die Profite, die die französische Schwerindustrie und das Zechenkapital zur Zeit aus der Ruhrbesetzung ziehen, und die ihnen auch in Zukunft aus einem französisch-deutschen Montantrust weiter erwachsen werden, zeigen ganz eindeutig, daß nur das Eisen-Hüttenkomitee und das Kohlenzechenkomitee Frankreichs ein Interesse an der von Poincaré betriebenen Ruhrpolitik haben. Doch wie immer, mußte diese zugunsten der französischen Kohlen- und Eisenbarone betriebene Politik mit der verlogenen Formel des „Allgemeinwohls", der „Reparationen" und der „Staatssicherheit" Frankreichs verhüllt werden.

Aus Sowjetrußland

Trotzkis Befehl an die Rote Armee zum 6. Jahrestag der russischen Revolution.

** Die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken begeht ihren 6. Jahrestag im Zeichen bevorstehender großer und fürchterlicher Ereignisse in Europa. Angesichts dessen, wie die imperialistischen Räuber der Welt bestrebt sind, den Körper des deutschen Volkes in Stücke zu reißen, angesichts der heldenhaften Anstrengungen der deutschen Arbeiterklasse, die Unabhängigkeit des Landes zu verteidigen und sich zur sozialistischen Ordnung den Weg zu bahnen, **sind wir mehr als je entschlossen, die Unabhängigkeit der Sowjet-Union und ihre Zukunft zu sichern.** Unsere heißesten Sympathien gehören den Werktätigen aller Länder. **Unsere Kräfte sind der Bewahrung des Friedens gewidmet. Aber die militärische Wachsamkeit der Sowjetregierung läßt nicht nach, solange die räuberischen Absichten des Imperialismus nicht zunichte werden.**

Am 7. November, dem 6. Jahrestag der größten Revolution, schreiten die Truppen an der Front der Werktätigen in feierlichem Marsch vorüber. Unsere Parade wird, wie bisher niemals, auch jetzt weder einen leichtsinnigen Uebereifer, noch irgend eine kriegerische Provokation darstellen. Aber mehr als je wird sie die allgemeine Bereitschaft zum Ausdruck bringen, jeden mit unseren Leibern zurückzuschlagen, der sich an unserem Frieden und an unserer Arbeit zu vergreifen wagt.

Der Vorsitzende des revolutionären Kriegsrates der SSSR. und Volkskommissar für Kriegs- und Marinewesen.

L. Trotzki.

Die russische Hilfsaktion für die deutschen Arbeiterkinder.

** Die sowjetrussische Hilfsliga für die Kinder der deutschen Werktätigen erläßt an alle Werktätigen der Sowjet-Union einen Aufruf, aus dem wir folgende Stellen wiedergeben:

„Die knöcherne Hand des Hungers packte den deutschen Arbeiter und seine Familie an der Kehle. Infolge der unkontrollierten und verbrecherischen Wirtschaftsführung der deutschen Bourgeoisie und der deutschen Opportunisten, und infolge des ungeheuren Druckes der Ententekapitalisten geriet die Industrie Deutschlands in den Zustand eines tiefen Verfalls und **die Arbeiterklasse wurde in das tiefste Elend gestürzt.**

Unter dem Druck der Steuerlasten und des eisernen Ringes der fürchterlichsten Not, die mit dem katastrophalen Marksturz täglich wächst, hungert das Proletariat Deutschlands buchstäblich. Der Arbeiter kann sich nicht einmal einige Pfund Schwarzbrot kaufen. Um nicht völig zu verhungern, vollführen die Arbeiter und Arbeiterinnen nächtliche Ueberfälle auf die Gärten und Felder der Gutsbesitzer und erhalten statt Brot und Kartoffeln blaue Bohnen. Selbstmord wird infolge des Hungers massenweise begangen.

Aber die Leiden der Erwachsenen können nicht verglichen werden mit den viel größeren Qualen der Kinder der Werktätigen Deutschlands. Die deutschen Kinder sind zu einem langsamen Hungertode verurteilt. Die Kindersterblichkeit nimmt zu und die unvermeidlichen Folgerscheinungen des Hungers — Skorbut und Tuberkulose — unterwühlen mit unerbittlicher Grausamkeit die Gesundheit und das Leben der Kinder.

Können die Arbeiter des ersten Arbeiter- und Bauernstaates der Welt in diesen für die deutschen Arbeiter schweren Zeiten achtlos an den fürchterlichen Qualen der Arbeiterkinder Deutschlands vorübergehen?

Arbeiterinnen und Bauernfrauen! Denkt daran, daß im Jahre der schwersten Not der Sowjet-Union — in der Zeit des Wolgahungers — die deutschen Arbeiterinnen den Arbeiterkindern der Sowjet-Union große Hilfe leisteten, indem sie in ihrer Heimat Geld und andere Spenden sammelten, Eure hungernden Kinder mit Wäsche und Nahrung versorgten. Viele Eurer Kinder verdanken ihr Leben der Fürsorge und der Unterstützung der deutschen Arbeiterfrauen.

Unsere Pflicht ist es, Genossen, Arbeiter, Arbeiterinnen, Bauern und Bäuerinnen, den Kindern der deutschen Werktätigen zu Hilfe zu eilen und sie vom qualvollen Hungertode zu retten.

Im roten Moskau haben die Arbeiterinnen diese Hilfsaktion bereits zu organisieren begonnen. Auf Grund eines Beschlusses einer Arbeiterinnen-Delegiertenversammlung begann die Hilfsliga für die deutschen Arbeiterkinder ihre Tätigkeit. Diese Liga wird von einem durch die Delegierten-Versammlungen gewählten Komitee verwaltet.

Der Anschluß an die Liga steht allen Werktätigen offen; jeder, der monatlich den auf fünf Goldkopeken festgesetzten Mitgliedsbeitrag zahlt und die Maßnahmen der Liga aktiv unterstützt, hat das Recht, ihr Mitglied zu sein. Nur durch die Teilnahme breiter Schichten der Werktätigen der Sowjet-Union können die Mittel einer sofortigen Hilfe für die hungernden deutschen Kinder aufgebracht werden.

Arbeiterinnen und Bäuerinnen! Folgt dem Beispiel der Moskauer Arbeiterinnen. Gründet in Euren Delegierten-Versammlungen Sektionen der Reichsliga zur Hilfe für die deutschen Arbeiterkinder! Arbeiter! Organisiert bei Euch in den Fabriken und Behörden Zellen der Freunde der Hilfsliga! Bauern! Tretet der Liga als Mitglieder bei!

Alle Werktätigen! Sammelt Geld und Naturalspenden und sendet es in organisierter Weise dem Komitee der Reichsliga zu.

In enger freundschaftlicher Vereinigung der Werktätigen der Sowjet-Union mit den Arbeitern Deutschlands liegt die Gewähr für den Sieg der deutschen Arbeiterklasse in den herannahenden revolutionären Kämpfen!

Es lebe die internationale Solidarität der Arbeiterklasse!"

Wirtschaft

Die erfolgreiche Milchviehzucht in Sowjetrußland.

Von T. Orlowski (Moskau).

** Mit der allgemeinen Hebung der Landwirtschaft Sowjetrußlands seit 1921 ist auch ein beständiges Wachstum der Viehzucht und insbesondere der Milchwirtschaft der Sowjetrepublik festzustellen — ein Umstand, der für das Agrarland Sowjetrußland von großer Bedeutung ist.

Obwohl in den Jahren des Krieges und des Hungers der Viehbestand von 46,9 Millionen im Jahre 1916 auf 31,8 Millionen im Jahre 1922, also fast um ein Drittel zurückgegangen ist, so bezieht sich dieser Rückgang hauptsächlich auf das Steppengebiet Rußlands, das untere Wolgagebiet, Sibirien, Kirgisien usw., wo hauptsächlich eine Nomaden-Viehzucht geführt wurde (das ist auch das Gebiet, das hauptsächlich vom Bürgerkrieg betroffen wurde). In den übrigen Teilen Rußlands, besonders in Nordrußland und in der Ukraine ist der Viehbestand nicht nur nicht zurückgegangen, sondern — im Vergleich mit der Vorkriegszeit — sogar etwas gewachsen. So z. B. stieg im sogenannten konsumierenden Nordgebiet Rußlands der Viehbestand von 9,0 Millionen im Jahre 1916 auf 9,3 Millionen im Jahre 1923, in der Ukraine von 6,4 Millionen auf 6,9 Millionen usw.

Noch beträchtlicher ist die Zunahme der Anzahl der Kühe in den einzelnen Teilen. Während z. B. im Petersburger Rayon der gesamte Viehbestand von 1916 bis 1921 um 2 Prozent gewachsen ist, hat die Zahl der Milchkühe um 9,2 Prozent zugenommen; in Weißrußland um 7,3 Prozent usw.

Mit der Wiederherstellung der Viehzucht Sowjetrußlands geht Hand in Hand die Wiederherstellung der Milchwirtschaft. Vor der Revolution war der Hauptbesitzer der Milchherden der Bauer; die Milchwirtschaft Rußlands trug in Form der Artels (Genossenschaften) einen kollektivistischen Charakter. Die meisten dieser Artels lagen in den Händen von Privatunternehmern und großen Exportfirmen. Nur die wenigsten Bauern hatten es zu einer selbständigen Genossenschaft, zur Produktion und zum Absatz der Milchprodukte gebracht.

In den Jahren des Bürgerkrieges ist die Milchwirtschaft Rußlands bedeutend gesunken. Sibirien, das durch seine Buttererzeugung einen ausschlaggebenden Faktor in der Wirtschaft Rußlands darstellte, produzierte anstatt 4,442 Tausend Pud pro Jahr in der Vorkriegszeit nur noch 280 Tausend Pud oder 6 Prozent der Vorkriegserzeugung im Jahre 1921.

Das Bild änderte sich mit dem Beginn der neuen Wirtschaftspolitik sehr rasch. Dank dem freien Markte und dem Wachsen der Preise für Butter auf den russischen und ausländischen Märkten bekam die Bauernschaft wieder ein Interesse für die Milchwirtschaft. Die Zunahme der Anbaufläche und die Wiederherstellung der Viehzucht förderte die rasche Wiedergeburt der russischen Milchwirtschaft.

Gegenwärtig tragen sämtliche Milchbetriebe fast ausschließlich einen genossenschaftlichen Charakter. Die gesamte Milchproduktion der Sowjetrepublik sowie der Absatz von frischer Milch, Sahne und vor allem Butter und Käse ist in den Händen der drei wichtigsten Organisationen konzentriert: der landwirtschaftlichen Genossenschaft „Selskosojus", des „Zentrosojus", d. h. des „Verbandes der Konsumgenossenschaften", und einer Organisation des Kommissariats für das Verpflegungswesen „Gosmoloko" (Staats-Milch). Nur wenige Milchartels schlossen sich diesen drei Organisationen nicht an und blieben als „Wilde" zurück.

Da bei den jetzigen Butterpreisen der Butterhandel profitabel ist, so ergreifen ihn die verschiedensten Handelsorganisationen des Staates, wie „Chlebprodukt" (Brot-Produkt), „Gostorg" (Staatshandel) und sogar die Banken. In der letzten Zeit tauchten auf dem sibirischen Markte auch die früheren dänischen Butterexporteure in Gestalt der sogenannten „sibirischen Kompagnie" auf.

Unter den Organisationen, die Milch und Milchprodukte erzeugen, steht an erster Stelle der sogenannte „Selskosojus", der gegenwärtig fast 4 Millionen Bauernwirtschaften oder ein Viertel aller Bauernwirtschaften umfaßt. Im Jahre 1922 umfaßte der „Selskosojus" 2,663 Genossenschaften, die Milchwirtschaft betrieben. Von ihnen entfielen 1,528 auf Sibirien und 1,135 auf das europäische Rußland. Die Zahl der sibirischen Genossenschaften übertraf 1922 bereits diejenige von 1913. In Sibirien entfallen auf jeden Milchbetrieb 402 Kühe, während auf die Betriebe des europäischen Rußlands eine geringere Durchschnittsziffer entfällt.

Die gesamten Milchbetriebe des „Selskosojus" produzierten 1922 537.027 Pud Kuhbutter und 4.473 Pud Käse (Sahne und Quark nicht mitgerechnet). Von den Milchzentren steht an erster Stelle Sibirien, das 432.607 Pud Butter und 115.000 Pud Käse lieferte, ferner das Petersburger Gebiet mit 92.030 Pud Butter und das Nordgebiet mit 9000 Pud Butter und 3600 Pud Käse. Die gesamte Buttermenge wurde 1922 ausschließlich für die Bedürfnisse des Innenmarktes verwandt. Im Jahre 1923 begann in der Butterwirtschaft Sowjetrußlands eine neue Phase ihrer Entwicklung. Zunächst ist eine bedeutende Verbesserung der Qualität der Butter zu verzeichnen. Ferner wurde eine ganze Reihe neuer Milchgenossenschaften wieder hergestellt. Die Menge des vom „Selskosojus" hergestellten Käse übersteigt die vorjährige Quantität um das Zehnfache.

Aber zu den wichtigsten Errungenschaften der russischen Butterproduktion gehört entschieden die Tatsache, daß die russische Butter in diesem Jahre, nach einer achtjährigen Unterbrechung, wieder auf dem Londoner Markte erscheint. Der „Selskosojus" allein exportierte bereits 90 000 Pud Sahnenbutter im Werte von 1½ Millionen Goldrubel.

Die russische Butter wurde in London gut aufgenommen und wird fast ebenso im Preis bewertet wie die Neu-Seelander Butter, d. h. auf 160 Shilling pro Zentner. Für das Jahr 1924 plant der „Selskosojus" in Sibirien 700 000 Pud Butter zu beschaffen, von denen 450 000 Pud für die Ausfuhr bestimmt sind.

Eben solche Erfolge können auch die anderen Organisationen der Milch- und Butterproduktion verzeichnen. Es gelang ihnen, nicht allein den inneren Markt vollkommen zu befriedigen, sondern auch bedeutende Mengen von Butter und Käse ins Ausland zu exportieren.

Die Tätigkeit der Milchgenossenschaften Sowjetrußlands beschränkt sich aber auf die Produktion und den Verkauf von Butter und Käse nicht. Gegenwärtig bildet die Milch-Genossenschaft den Mittelpunkt, von dem aus die landwirtschaftlichen Kenntnisse in die Bauernschaft eindringen. Abgesehen von den Unterrichtskursen für Butterproduktion und Musterfütterung bilden die Milchgenossenschaften Kontrollvereine für die Prüfung des Milchertrages der Kühe und für die Verbesserung der Milchkuh-Rassen. In Sibirien bestehen bereits drei solche Kontrollvereine, weitere 10 sind im Entstehen begriffen. Im Petersburger Gebiet bestehen über 10 solcher Kontrollvereine, als deren bedeutendste Errungenschaft die Entstehung von Bauernvereinen zur Aufzucht und Verbesserung der Viehrassen zu verzeichnen ist. Zum ersten Male werden in Rußland Stammbücher für das Vieh angelegt. Der Petersburger Milchverein hat in diesem Jahr solche Stammlisten für die Bauern-Kuhsorten eingeführt. Die Bauern des Gouvernements Petersburg haben jetzt für die Stammbäume der Bewohner ihrer Kuhställe entschieden mehr Interesse als für den Stammbaum ihrer Romanows und anderer regierenden Häuser.

Als Beispiel für das erwachte Interesse für Viehzucht kann z. B. angeführt werden, daß im Scheckinschen Verein (im Gouvernement Wologda) die Kälber wöchentlich 10,15 Werst weit geführt werden, um gewogen und kontrolliert zu werden. Die Bäuerin ärgert sich ebenso darüber, als wäre ihr eigenes Kind erkrankt, wenn ihr Kalb nicht genügend an Gewicht zunimmt.

Dank diesem Vereine, der fast 15 Prozent der Bauernwirtschaften des Nord-Rayons umfaßt, beginnen die Bauernwirtschaften eine systematische Kultur-Viehzucht zu führen.

Man kann im großen und ganzen sagen, daß die Milchwirtschaft und die Viehzucht in Sowjetrußland in aufstrebender Entwicklung begriffen sind. Die Milchwirtschaft begnügt sich nicht damit allein, daß sie das Frühere einzuholen bestrebt ist, sondern stellt sich neue Ziele und Aufgaben, denen die vorrevolutionäre Bauernwirtschaft nicht gewachsen war. Die Revolution hat eine gewaltige Umwälzung in der Mentalität der Landbevölkerung hervorgerufen, die den schlafenden Riesen, den russischen Bauer, geweckt und auf den Weg des wirtschaftlichen Fortschritts gestoßen hat. In den Erfolgen, die gegenwärtig die Viehzucht und die Milchwirtschaft Rußlands auf russischen und ausländischen Märkten zu verzeichnen hat, dokumentiert sich die allgemeine aufsteigende Entwicklung der Volkswirtschaft Sowjetrußlands.

Arbeiterbewegung

Die neue Epoche in der polnischen Arbeiterbewegung.

Von P. Tokarski (Moskau).

Der uns mit bedeutender Verspätung zugegangene Artikel behandelt die Vorgeschichte der Entwicklung der gewaltigen Massenkämpfe, die sich gegenwärtig in Polen abspielen. Die Redaktion.

** Nach einer fast drei Jahre andauernden Passivität und Depression der Arbeiterklasse vollzieht sich gegenwärtig ein

günstiger Umschwung in den Reihen des polnischen Proletariats — seine Aktivität wächst. Unter dem Drucke des immer mehr steigenden Elends und der Ausbeutung durch die Unternehmer erwachen die Arbeitermassen Polens ganz sichtbar aus ihrer bisherigen Trägheit und nehmen entschieden den Kampf gegen ihr Elend auf.

Dieser Umschwung der Stimmung des polnischen Proletariats kann von großer Bedeutung für die Zukunft der internationalen Revolution sein, denn Polen liegt zwischen Sowjetrußland und dem revolutionären Deutschland, und es wird von der Stimmung und der Haltung des polnischen Proletariats in großem Maße abhängen, ob Polen bei den kommenden Ereignissen in Deutschland eine revolutionäre oder eine konterrevolutionäre Rolle spielt.

Der Umschwung in der Stimmung der polnischen Arbeiterklasse trat schon in den **Arbeitskämpfen im Juli/August d. J.** zutage. Er bestand nicht allein in der Tatsache des Massenstreiks, denn diesen gab es auch in der Periode der größten Depression, sondern die Formen, die diese Kämpfe annahmen, deuteten hin auf die bestimmte Handlungsweise der Streikenden, auf den festen Entschluß, zu kämpfen, und auf den Glauben an den Sieg. An den Junikämpfen nahmen die Gewerkschaften aller Schattierungen teil; man wählte gemeinsame Streikleitungen. Am deutlichsten trat das in Lodz zutage, wo man ein gemeinsames Streikkomitee wählte, das die Kontrolle der Streiktätigkeit der einzelnen Gewerkschaften auszuüben hatte. Die Junikämpfe trugen einen in Polen seit langem nicht erlebten scharfen Charakter. Die Junikämpfe waren von Erfolg gekrönt: der größte Teil der aufgestellten Forderungen wurde bewilligt, und in der Textil- und Metallindustrie wurden verhältnismäßig günstige Kollektivverträge erzielt. Diese erfolgreichen Kämpfe brachten ein weiteres Wachsen und eine weitere Belebung der Arbeiterbewegung mit sich. Sie waren die ersten Anzeichen des Umschwunges der Stimmung des polnischen Proletariats.

Diesen ersten Anzeichen folgten andere, und ganz deutlich wird der neue Geist in dem inneren organisatorischen Leben der Gewerkschaften sichtbar. Von größter Bedeutung in dieser Hinsicht sind die Wahlen **zum Verbandstage des Verbandes der Textilarbeiter.** Diese Wahlen haben im September und August, also nach dem Generalstreik der Textilarbeiter, stattgefunden. Die geschickte Tätigkeit der Streikleitung, die in der Mehrheit aus Kommunisten bestand, brachte der roten oppositionellen Liste und den Kommunisten das Vertrauen und die Sympathien der Arbeiterschaft. Von 67 Mandaten des Verbandstages entfielen 35 auf die Opposition. Der reformistische Vorstand des Verbandes erklärte die Wahlen aus formellen Gründen für ungültig und schrieb für Lodz (aus Lodz, dem Zentrum der polnischen Textilindustrie stammten allein 22 von den insgesamt 35 oppositionellen Mandaten) neue Wahlen aus. Aber es half nichts. Bei den wiederholten Wahlen erhielt die Liste der Opposition noch mehr Stimmen als das vorige Mal und behauptete ihre 22 Mandate vollständig. Ein zweiter Beweis der tiefgehenden Aenderung der Stimmung innerhalb der polnischen Gewerkschaften ist die Durchsetzung der **Verhältniswahl in der Warschauer Zahlstelle des Metallarbeiterverbandes.** Seit zwei Jahren führen die revolutionären Minderheiten einen heißen Kampf um das Verhältniswahlsystem. Die Reformisten klammerten sich fest an das Majoritätsprinzip. Sie wollten auf dem Kongreß um jeden Preis die Mehrheit haben und verwarfen die Verhältniswahlen ganz entschieden. Auf der Konferenz der Vertrauensmänner der Warschauer Metallfabriken, die Ende September abgehalten wurde, ist nun eine von der roten Fraktion eingebrachte Resolution angenommen worden, die „die Anerkennung der Verhältniswahlen für den Verbandsvorstand nach besonderem Wahlschlüssel, der durch eine besondere Kommission festgelegt wird, forderte. Die auf diese Weise in der Verhältniswahl in den Betrieben festgelegten Kandidaten bilden eine gemeinsame Liste unter dem Namen der „Einheitsfront des Metallarbeiterverbandes". Auf derselben Konferenz wurde beschlossen, daß der Vorstand des Verbandes alle Ausschlüsse der revolutionären Mitglieder aus der Organisation zurücknehmen solle.

Endlich ist die **Durchführung der Einheitsfront-Parole** ein schlagender Beweis des Umschwunges der Stimmung in der Masse. Die eineinhalb Jahre lange unermüdliche kommunistische Propaganda bringt Früchte. Das tritt ganz deutlich in der Wahlkampagne für die Krankenkassen zutage. Im Dombrowaer Kohlenbecken, wo die Wahlen für den 1. Oktober ausgeschrieben wurden, in Lodz und in anderen Gegenden wurden Wahlblocks des Verbandes des (revolutionären) Stadt- und Landproletariats, der PPS. und anderer Arbeiterorganisationen hergestellt. Diese Blocks hatten in die Vorstände der Krankenkassen ausschließlich Vertreter der Arbeiterschaft zu entsenden, um die gelben Organisationen aus der Leitung der Krankenkassen auszuschalten. Die Verständigung und das einheitliche Auftreten in der Wahlkampagne kam sowohl im Dombrowaer Kohlenbecken wie auch in Lodz nur unter dem Druck der Massen und gegen den Widerstand der PPS.-Führer zustande.

Ueberall kommt der Umschwung in der Stimmung der polnischen Arbeiterklasse klar zum Ausdruck: auf den Gebieten des wirtschaftlichen und politischen Kampfes ebenso wie im organisatorischen Leben der Arbeiterschaft. Die Polnische Sozialistische Partei (PPS.), die reformistische Arbeiterpartei Polens, vertrieben von der Regierungskrippe und nun in die Opposition gedrängt, steht dem neuen Geiste der Arbeiterklasse ratlos und wankend gegenüber. Einerseits möchte sie Massenaktionen heraufbeschwören, um von ihrem Ansehen bei der regierenden Clique wieder zu gewinnen, und andererseits zittert sie, daß die in Bewegung kommenden Massen sich letzten Endes gegen sie richten könnten.

Die Witos-Regierung des Großkapitals und der Agrarier hat auf das Wachsen der Arbeiterbewegung eine einzige Antwort: Repressalien. Und tatsächlich werden heute in Polen Gewalttaten verübt, die an das Jahr 1920 erinnern. Abgesehen von den Massenverhaftungen der des Kommunismus verdächtigen Arbeiter (in Warschau allein wurden in der Nacht vom 14. zum 15. Oktober 140 Personen verhaftet), ist die Regierung jetzt zur Auflösung der Gewerkschaften übergegangen. Es werden nicht nur die mit den Kommunisten sympathisierende Gewerkschaften geschlossen, sondern auch sozialistische.

Durch rücksichtslose Repressalien will die Regierung das Erstarken der Arbeiterbewegung hemmen, die polnischen Arbeiter im Gehorsam erhalten. Ob es ihr gelingen wird? Wir zweifeln daran.

Die Streikwelle vom Juli/August hat sich noch nicht gelegt, und schon wieder entflammen Massenstreiks in allen Gegenden Polens. Kaum ist der oberschlesische Streik beigelegt, so stehen schon die Lodzer Textilarbeiter, die Bergarbeiter in Dombrowa, ja, sogar die „aristokratischen", immer reformistisch angehauchten Eisenbahner in Galizien im Kampfe. Aber ungeachtet der Ergebnisse der Streiks — eins ist sicher: sie werden nicht aufhören, sondern im Gegenteil, immer mehr um sich greifen. Der Sturz der Polenmark, die immer wachsende Teuerung der Lebensmittel sind hierfür das beste Anzeichen.

An unsere Leser in Deutschland!

Für die am 10. November beginnende Bezugswoche beträgt die Bezugsgebühr für die „Internationale Presse-Korrespondenz"

für die Wochenausgabe . . . . . 30 Milliarden,
für die 3mal wöchentlich erscheinende Ausgabe 36 Milliarden.

Wir bitten um sofortige Uebersendung dieser Beträge.

Die Geschäftsleitung der „Inprekorr".

Gedruckt in der Friedrichstadt-Druckerei, GmbH., Berlin SW. 48.